

Eliten

Der sozialwissenschaftliche Elitebegriff bezeichnet Personen bzw. Personengruppen, die über wichtige Machtressourcen verfügen, die es ihnen erlauben, Einfluß auf gesellschaftlich bedeutsame Entscheidungen zu nehmen. Damit ist der Begriff nicht auf politische Eliten im engeren Sinne beschränkt, d. h. auf führende Politiker. In modernen Gesellschaften gehören beispielsweise auch die Inhaber von Führungspositionen in Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft sowie wichtigen Interessengruppen zur gesellschaftlichen Elite. Ihr Einfluß kann sich auf die Kontrolle unterschiedlicher Machtressourcen gründen: u. a. auf die mit politischen Ämtern verbundene formale Gesetzgebungsbefugnis, die Verfügungsgewalt über Kapital, die Fähigkeit zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung, aber auch auf persönliche Qualifikationen wie Expertentum und Verhandlungsgeschick.

Die klassischen Elitetheoretiker, insbesondere *Vilfredo Pareto*, *Gaetano Mosca* und *Robert Michels*, entwickelten ihre Ideen in Auseinandersetzung mit marxistischen bzw. sozialistischen Theorien. Der These von der Realisierbarkeit einer herrschaftsfreien Gesellschaft setzten sie die der Universalität von Herrschaft entgegen. Als Begründung hierfür verwiesen sie auf ungleiche Fähigkeiten, organisatorische Notwendigkeiten bzw. auf die Erfahrungen der Geschichte. Dabei übernahmen sie das dichotome Gesellschaftsbild der marxistischen Klassentheorie, also das der Teilung der Gesellschaft in eine herrschende und eine beherrschte Klasse. Aus heutiger Sicht überschätzten sie dabei die innere Einheit der herrschenden Klasse und übersahen den graduellen Charakter der Verteilung von Macht und Einfluß in modernen Gesellschaften.

Aus diesem Entstehungszusammenhang ergibt sich, daß Eliten und Demokratie vielfach als unvereinbare Konzepte betrachtet wurden. Tatsächlich besteht eine solche Unvereinbarkeit jedoch lediglich unter der Voraussetzung, daß Demokratie mit Abschaffung aller Herrschaft gleichgesetzt wird. Die meisten modernen Demokratietheorien sehen in ihr hingegen lediglich einen speziellen Typ von Herrschaftsordnung, der eine Rückbin-

dung der Herrschaft an die Präferenzen der Bürger gewährleistet. Dies verweist auf die herausragende Rolle, die Eliten bei der Einführung und Stabilisierung demokratischer Institutionen spielen (vgl. *Schumpeter 1950, Stammer 1951, Bachrach 1970, Lijphart 1977, Field/Higley 1983, Burton/Higley 1987*).

I. Ansätze der empirischen Eliteforschung

Voraussetzung empirischer Eliteforschung ist die Abgrenzung ihrer Zielpopulation. Dafür stehen drei Methoden zur Auswahl. Bei der Reputationsmethode beurteilen Experten, welche Personen zur gesellschaftlichen Elite gehören. Die Validität dieser Methode hängt stark von der Auswahl dieser Experten und deren subjektiver Wahrnehmung der Machtstruktur ab. Die Entscheidungsmethode bestimmt Eliten hingegen empirisch als Teilnehmer an politischen Entscheidungsprozessen. Damit beschränkt sie sich von vornherein auf einen zwar wichtigen, aber durchaus nicht erschöpfenden Teilaspekt gesellschaftlicher Machtstrukturen. Zudem geraten dabei sowohl indirekter Einfluß als auch Vetomacht aus dem Blickfeld. Indirekter Einfluß wird beispielsweise durch die Medien ausgeübt, während Vetomacht vielfach antizipatorisch von den Teilnehmern an Entscheidungsprozessen ins Kalkül gezogen wird. Die dritte Methode ist die Positionsmethode, bei der die Inhaber von Führungspositionen in wichtigen Organisationen als zur Elite gehörig betrachtet werden. Diese ist allerdings weder in der Lage, das unterschiedliche Ausmaß zu berücksichtigen, zu dem Personen die ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen effektiv ausschöpfen, noch ermöglicht sie eine Gewichtung des unterschiedlichen Einflusses von Organisationen und Personen.

Trotz der genannten Schwächen wird zur Bestimmung nationaler Eliten fast ausschließlich die Positionsmethode verwendet, da sie einerseits relativ geringe Kosten mit sich bringt und es andererseits erlaubt, ein breites Spektrum von Elitepositionen als Ausgangspopulation für Elitestudien zu bestimmen. Zudem bietet sie den Vorteil, daß sie soziologische Analysen eines positionell eindeutig definierten Personenkreises ermöglicht. In neueren Untersuchungen ist sie durch Elemente der beiden anderen Methoden ergänzt worden. Hier wurden die befragten Positionsinhaber nach ihrer Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen und ihren Kontaktpartnern gefragt.

Unter den empirischen Untersuchungen gesellschaftlicher Eliten haben lange Zeit Studien dominiert, die sich auf allgemein zugängliche Informationen über die Inhaber von Führungspositionen stützen. Diese sind auf die Analyse soziodemographischer Merkmale beschränkt, z. B. Geburtsort, Klassenherkunft, Familienstand, Religion, Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden sowie beruflicher und politischer Werdegang. Diese Daten erlauben es, die Eliten in der Sozialstruktur zu verorten. Sie geben jedoch keine Auskunft über die Handlungsdispositionen der Eliten; deren

Erhebung ist nur mit Hilfe von Umfragen möglich. Weiterhin sind die meisten Eliteuntersuchungen – auch viele Umfragen – auf politische Eliten beschränkt gewesen. So wichtig diese spezielle Elitegruppe ist, so wenig deckt sie den Kreis der Personen ab, die an gesellschaftlich bedeutsamen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Vor allem gerät bei einer solchen Beschränkung leicht die Tatsache aus dem Blickfeld, daß der größere Teil der Eliten nicht durch Wahl in Elitepositionen kommt und aus diesen wieder abberufbar ist, sondern über Berufskarrieren in den verschiedensten Organisationen. Nur die wenigsten Mitglieder einer Elite verfügen über eine demokratische Legitimation; in ihrer Mehrheit sind sie Karriereeliten, für deren Aufstieg in Elitepositionen andere Gesichtspunkte maßgeblich sind.

Für fast alle modernen Demokratien gibt es Untersuchungen über Parlamentarier und Mitglieder von Kabinetten. Auch administrative Eliten sind vielfach untersucht worden. Eine Studie über politische und administrative Eliten in sechs industriellen Demokratien (*Aberbach* u.a. 1981) hat erstmals in vergleichender Perspektive Daten über Ähnlichkeiten und Unterschiede im Rollenverständnis und -verhalten dieser beiden Elitegruppen erhoben. Demgegenüber wurden bislang nur wenige umfassende Eliteuntersuchungen durchgeführt, in denen ein breiteres Spektrum gesellschaftlicher Elitegruppen berücksichtigt wurde. Für die alte Bundesrepublik ist die Datenlage besonders gut, da entsprechende Erhebungen zu verschiedenen Zeitpunkten durchgeführt wurden (*Zapf* 1965, *Wildenmann* 1968, *Hoffmann-Lange* u. a. 1980, *Wildenmann* u. a. 1982). Vergleichbar umfassende Studien, allerdings nur für jeweils einen Zeitpunkt, liegen für Norwegen (*Higley* u. a. 1976), die USA (*Barton* 1985) und Australien (*Higley* u. a. 1979) vor.

II. Elitenrekrutierung

Moderne Gesellschaften zeichnen sich durch einen formal offenen Zugang zu Elitepositionen aus. Vormals gültige Zugangsbeschränkungen, die Nichtadlige bzw. Angehörige ethnischer oder religiöser Minderheiten grundsätzlich von gesellschaftlichen Führungspositionen ausschlossen, sind offenen Rekrutierungsbedingungen gewichen, bei denen die persönliche Qualifikation und die Erfüllung organisationsspezifischer Verhaltensnormen die ausschlaggebende Rolle für die Elitenrekrutierung spielen. Hieraus darf man allerdings nicht schließen, daß nunmehr alle Gesellschaftsmitglieder gleiche Chancen haben, in die Eliten aufzusteigen. Dies ergibt sich allein aus den unterschiedlichen Chancen zum Erwerb höherer Bildungsabschlüsse, die heute eine fast universelle Voraussetzung der Einnahme von Führungspositionen geworden sind. So haben beispielsweise 85 % aller Eliten in der alten Bundesrepublik das Abitur und fast 70 % ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Weitere Faktoren wie gute Beziehungen, Kapitalbesitz oder besondere Aufstiegsmotivation bzw. Durchsetzungsfähigkeit wurden vor allem von kritischen Sozialwissenschaftlern als

Ursachen dafür angeführt, daß die Eliten praktisch aller hochindustrialisierten Demokratien sich überwiegend aus Familien mit gehobenem Sozialstatus rekrutieren (vgl. *Dombhoff* 1983, *Dye* 1983, *Mills* 1956, *Suleiman* 1974). Detailliertere Studien hierzu stehen allerdings noch aus.

Speziell für die Rekrutierung in politische Positionen hat *Putnam* (1976) die Gültigkeit des Gesetzes der zunehmenden Disproportionalität aufgezeigt. Es besagt, daß der Anteil der Angehörigen unterprivilegierter Gruppen, z. B. im Hinblick auf Bildung und Berufsstatus, mit zunehmender Positionshöhe abnimmt. Je höher also ein politisches Amt, umso sozial exklusiver der Kreis seiner Inhaber. Dies läßt sich bei einem Vergleich von Wählern, einfachen Parteimitgliedern, Parteitagsdelegierten, Abgeordneten und Regierungsmitgliedern in vielen Ländern nachweisen. Das Gesetz gilt analog auch für die Eliten anderer Sektoren: in allen Elitegruppen der Bundesrepublik sind beispielsweise Frauen und Personen aus der Arbeiterschaft unterrepräsentiert (*Hoffmann-Lange* 1986). Historische Studien (*Zapf* 1965, *Pedersen* 1976) zeigen jedoch, in welch beträchtlichem Ausmaß sich im Zuge der vollen Demokratisierung der westeuropäischen Gesellschaften die Elitenrekrutierung verbreitert hat. Vormalig vom Adel bzw. von Personen aus der Oberklasse dominierte Eliten wurden durch Personen abgelöst, die mehrheitlich aus der Mittelschicht stammen. Dabei bestehen beträchtliche Unterschiede zwischen verschiedenen Elitegruppen: die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen politischen Parteien und die Gewerkschaften bieten Personen aus einfachen Sozialverhältnissen weit bessere Aufstiegschancen als beispielsweise Wirtschaft oder Medien (*Hoffmann-Lange* u. a. 1980).

III. Rollenverständnis, politische Einstellungen und politische Repräsentation

Die vergleichende Untersuchung von *Aberbach* u. a. (1981) ergab für die einbezogenen Länder (Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik, Italien, Niederlande, Schweden, USA) konsistente Unterschiede im Rollenverständnis von Politikern und Verwaltungseliten. Die Politiker tendieren dazu, sich in erster Linie als Treuhänder ihrer Wähler und als Fürsprecher von Gruppeninteressen zu verstehen. Sie bekennen sich auch offen zur Parteilichkeit ihrer Rolle. Spitzenbeamte hingegen sehen sich primär als Sachwalter technischer Aspekte im Gesetzgebungsprozeß und als Anwälte des Gemeinwohls. In beiden Gruppen fast gleich ausgeprägt ist die Wahrnehmung der politischen Aspekte der eigenen Tätigkeit. Gleichzeitig lassen sich jedoch auch deutliche länderspezifische Unterschiede konstatieren. In den USA existiert eine weitgehende Übereinstimmung im Rollenverständnis von Politikern und Beamten, während in den europäischen Ländern eine sehr viel klarere Differenzierung zwischen diesen beiden Rollen zu finden ist. Die amerikanischen Beamten sind also «politischer», viele der europäischen entsprechen dagegen noch dem Bild des klassischen Beam-

ten, der in erster Linie unparteiischen Sachverstand in die Politik einbringt. In der Bundesrepublik nehmen dabei die sog. politischen Beamten eine Mittelposition zwischen diesen Rollenauffassungen ein (*Steinkemper* 1974).

Entgegen landläufigen Erwartungen läßt sich empirisch kaum ein Zusammenhang zwischen Merkmalen der sozialen Herkunft von Eliten und deren politischen Einstellungen feststellen (*Edinger/Searing* 1967, *Schleth* 1971). Eliten, die aus der Oberschicht stammen, sind nicht notwendigerweise konservativer als solche aus der Arbeiterschaft. Das gegenwärtige Tätigkeitsfeld prägt die politischen Einstellungen weit mehr als Faktoren, die in der Vergangenheit liegen. Unabhängig von ihrer sozialen Herkunft sind Wirtschaftseliten eher konservativ, während Gewerkschaftseliten eher linken Positionen zuneigen. Dabei unterscheiden sich die verschiedenen Organisationen hinsichtlich der Wichtigkeit, die politischen Präferenzen für den Aufstieg in Führungspositionen zukommt. Die Ergebnisse für die Bundesrepublik zeigen beispielsweise, daß Parteizugehörigkeit oder Parteinähe in Verwaltung, Wirtschaft, Rundfunkanstalten und Gewerkschaften eine wichtige Rolle spielen, jedoch in der Presse und in der Wissenschaft weniger bedeutungsvoll sind.

Die Einstellungen zu aktuellen politischen Fragen werden in der Bundesrepublik – wie vermutlich auch in anderen Demokratien – in erster Linie durch die Parteipräferenz der Eliten geprägt. Gleichzeitig nehmen die Parteieliten in fast allen Fragen deutlicher akzentuierte Positionen ein als die Parteianhänger in den übrigen Eliten (*Hoffmann-Lange* 1986). Im amerikanischen Kontext mit seinem sehr viel schwächeren Parteiensystem wird die Meinungsführerschaft hingegen häufig von dezidiert liberalen bzw. konservativen Interessengruppen wahrgenommen (*Barton* 1985), d. h. die Organisationszugehörigkeit ist für die politischen Orientierungen mindestens ebenso wichtig wie die Parteipräferenz.

Zahlreiche Vergleichsumfragen bei Eliten und Bürgern haben gezeigt, daß die politischen Einstellungen von Eliten kohärenter und «ideologischer» sind als die der einfachen Wähler (*McClosky* u. a. 1960, *Jackson* u. a. 1982). Dies ist darauf zurückzuführen, daß politische Fragen im Alltag von Eliten stets präsent sind, während Politik für die Mehrheit der Wähler einen eher peripheren Lebensbereich darstellt. Deshalb ist das klassische Repräsentationsmodell in Frage zu stellen, das die politischen Eliten lediglich als Repräsentanten von Bevölkerungsinteressen sieht. Vielmehr spielen die politischen Eliten eine aktive Rolle bei der Entwicklung politischer Positionen und in der politischen Meinungsbildung der Bürger.

In den Eliten der industriellen Demokratien finden sich zudem deutlich mehr Befürworter demokratischer Spielregeln als unter den einfachen Bürgern. Gleichzeitig weisen sie auch ein höheres Maß an Toleranz im Hinblick auf den Umgang mit abweichenden Minderheiten auf (*McClosky/Brill* 1983). Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, daß den Eliten vielfach

eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung demokratischer Stabilität zugeschrieben wird.

IV. *Elitennetzwerke und Elitenintegration*

Die konstruktive Zusammenarbeit der Mitglieder einer gesellschaftlichen Elite ist eine wichtige Vorbedingung effektiver Entscheidungsfindung. Voraussetzung hierfür ist die Existenz eines Netzwerks informeller Kontakte, die über die formal geregelten Zugänge zu (politischen) Entscheidungsprozessen hinausgehen. Es liegt auf der Hand, daß informelle Kommunikationsnetzwerke sich zwar nicht ganz unabhängig von formalen Kompetenzen und Zuständigkeiten entwickeln, diese jedoch in wichtiger Weise ergänzen. Sie erleichtern die Suche nach Kompromissen und die Koordination zwischen zunächst unverbundenen Entscheidungsprozessen. Andererseits erlauben sie es aber auch, formale Zuständigkeiten bis zu einem gewissen Grad zu umgehen.

Die direkte Untersuchung von Elitennetzwerken wurde erst mit der Entwicklung der Umfrageforschung möglich und ist empirisch sehr aufwendig. Von daher wird vielfach auf Ersatzindikatoren der Elitenintegration zurückgegriffen. Vor allem Soziologen (z. B. *Dahrendorf* 1965, *Domhoff* 1983) haben von der sozialen Kohäsion einer Elite, d. h. dem Grad, zu dem ihre Mitglieder sich aus einer relativ schmalen Oberschicht rekrutieren, ähnliche Karrieremuster aufweisen und denselben informellen Gruppen angehören, auf ihren inneren Zusammenhalt geschlossen. Soziale Kohäsion ist in traditionellen Gesellschaften weit eher gegeben als in modernen Demokratien mit ihren ausdifferenzierten Rekrutierungsbedingungen. Deshalb ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, wie angesichts des fortschreitenden Zerfalls der ehemals herrschenden Klassen eine effektive Elitenintegration überhaupt gewährleistet werden kann (vgl. *Keller* 1963).

Die Netzwerkanalyse bietet das methodische Instrumentarium zur direkten Messung von Elitennetzwerken. Inzwischen liegen verschiedene Studien über interorganisatorische und interpersonale Netzwerke vor. Interorganisatorische Netzwerkstudien formaler Organisationsbeziehungen haben beispielsweise die Personal- und Kapitalverflechtungen zwischen Unternehmen analysiert (z. B. *Ziegler* 1984). Eine bahnbrechende amerikanische Untersuchung über informelle interorganisatorische Netzwerke in zwei Politikfeldern wurde von *Laumann/Knoke* (1987) durchgeführt. Alle diese Studien zeigen ein hohes Ausmaß interorganisatorischer Verflechtungen.

Informelle persönliche Kontakte wurden in den bereits erwähnten nationalen Elitebefragungen in Australien, den USA und der Bundesrepublik erhoben. Das hier gefundene Ausmaß der interpersonalen Verflechtungen ist notgedrungen geringer. Dies hat sowohl theoretische als auch methodische Gründe. Einerseits gibt es natürlich viel mehr Elitepersonen als bedeutsame Organisationen. Zum andern ist es unmöglich, in Umfragen alle

relevanten Kontaktpartner einer Person zu erfassen. So ist bereits die Tatsache, daß in jeder dieser Studien ein innerer Elitezirkel von einigen hundert Personen identifiziert werden konnte, ein hinlänglicher Nachweis der Existenz eines erheblichen Ausmaßes von Elitenintegration in diesen drei Ländern (*Higley/Moore* 1981, *Higley* u. a. 1991).

In den Elitezirkeln nehmen die politisch-administrativen Eliten eine besondere Zentralität ein. Infolge ihrer Beteiligung an einer Vielzahl gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse stehen sie im Zentrum vielfältiger Kontakte zwischen Eliten. Bemerkenswert ist auch, daß die meisten Mitglieder des inneren Elitezirkels zugleich Inhaber von Elitepositionen sind, was darauf hindeutet, daß tatsächlicher Einfluß in hohem Maße von formalen Entscheidungsbefugnissen abhängt. Weiterhin besteht kein Zusammenhang zwischen den sozialen Merkmalen von Eliten und der Wahl ihrer Kontaktpersonen. Dies zeigt, daß soziale Kohäsion weder eine notwendige, noch eine hinreichende Bedingung für tatsächliche Elitenintegration ist. Und schließlich sind in den drei untersuchten Demokratien Vertreter aller relevanten Elitegruppen im zentralen Elitezirkel vertreten. Es gibt also nicht mehr wie früher Außenseitereliten (z. B. Gewerkschaften), die keinen Zugang zu den informellen Kontaktkreisen haben.

V. Bilanz

Die Eliteforschung ist ein eigenständiger Zweig der Sozialforschung, der im Hinblick auf industrielle Demokratien vielerlei Berührungspunkte mit anderen Feldern der Soziologie und der Politikwissenschaft aufweist, insbesondere mit der Mobilitätsforschung, der Organisationssoziologie, der Wahlforschung und der politischen Kulturforschung. Die theoretischen Konzepte der erwähnten Untersuchungen über Eliten in industriellen Demokratien stammen ausnahmslos aus diesen Teilgebieten der Sozialwissenschaften; sie sind keine genuin elitetheoretischen Konzepte. Dies ist darauf zurückzuführen, daß es der Eliteforschung bis heute an einer theoretischen Integration der verschiedenen Ansätze mangelt, die zur Erforschung der Eliten unterschiedlicher Gesellschaftstypen entwickelt wurden. Untersuchungen von Eliten in Entwicklungsländern, sozialistischen Gesellschaften sowie industriellen Demokratien stehen weitgehend unverbunden nebeneinander. Erst eine Integration dieser drei Forschungsansätze wird es erlauben, eine umfassende Elitetheorie über Rolle und Handlungsspielräume von Eliten zu entwickeln.

↗ Kabinette; Klassenstruktur; Parteien; Unternehmerverbände.

Literatur: *Aberbach, J. D./Putnam, R. D./Rockman, B. A.* 1981: Bureaucrats and Politicians in Western Democracies, Cambridge. *Bachrach, P.* 1970: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse, Frankfurt/M. *Barton, A. H.* 1985: Background, Attitudes, and Activities of American Elites, in: *Moore, G.* (Hrsg.): Research in Politics and Society 1, 173–218. *Beyme, K. von* 1974: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München. *Bottomore, T. B.* 1966: Elite und Gesellschaft, Mün-

chen. *Burton, M. G./Higley, J.* 1987: Invitation to Elite Theory: The Basic Contentions Reconsidered, in: *Domhoff, G. W./Dye, T. R.* (Hrsg.): Power Elites and Organizations, Newbury Park, 219–238. *Dahrendorf, R.* 1965: Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München. *Domhoff, G. W.* 1983: Who Rules America Now? A View for the '80s, New York. *Dye, T. R.* 1983: Who's Running America? The Reagan Years, Englewood Cliffs. *Edinger, L. J./Searing, D.* 1967: Social Background in Elite Analysis. A Methodological Inquiry, in: *APSR* 61, 428–445. *Field, G. L./Higley, J.* 1983: Eliten und Liberalismus, Opladen. *Field, G. L./Higley, J.* 1985: National Elites and Political Stability, in: *Moore, G.* (Hrsg.), Research in Politics and Society 1, 1–44. *Herzog, D.* 1982: Politische Führungsgruppen, Darmstadt. *Herzog, D./Rebenstorf, H./Werner, C./Weßels, R.* 1990: Abgeordnete und Bürger, Opladen. *Higley, J./Field, L./Gröholt, K.* 1976: Elite Structure and Ideology, New York. *Higley, J./Deacon, D./Smart, D.* 1979: Elites in Australia, London. *Higley, J./Moore, G.* 1981: Elite Integration in the United States and Australia, in: *APSR* 75, 581–597. *Higley, J./Hoffmann-Lange, U./Kadushin, C./Moore, G.* 1991: Elite Integration in Stable Democracies: a Reconsideration, in: *ESR* 7, 35–53. *Hoffmann-Lange, U./Neumann, H./Steinkemper, B.* 1980: Konsens und Konflikt zwischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M. *Hoffmann-Lange, U.* 1986: Eliten und Demokratie in der Bundesrepublik, in: *Kaase, M.* (Hrsg.): Politische Wissenschaft und politische Ordnung, Opladen, 318–338. *Jackson, J. S. III./Brown, L. B./Bositis, D.* 1982: Herbert McClosky and Friends Revisited, in: *American Politics Quarterly* 10, 158–180. *Keller, S.* 1963: Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society, New York. *Laumann, E. O./Knoke, D.* 1987: The Organizational State, Madison. *Lijphart, A.* 1977: Democracy in Plural Societies, New Haven. *McClosky, H./Hoffmann, P. J./O'Hara, R.* 1960: Issue Conflict and Consensus Among Party Leaders and Followers, in: *APSR* 54, 406–427. *McClosky, H./Brill, A.* 1983: Dimensions of Tolerance, New York. *Mills, C. W.* 1956: The Power Elite, London. *Pedersen, M. N.* 1976: Political Development and Elite Transformation in Denmark, London. *Putnam, R. D.* 1976: The Comparative Study of Political Elites, Englewood Cliffs. *Schleth, U.* 1971: Once Again: Does it Pay to Study Social Background in Elite Analysis?, in: *Wildenmann, R.* (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, München, 99–118. *Schumpeter, J. A.* 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, München. *Steinkemper, B.* 1974: Klassische und politische Bürokraten in der Ministerialverwaltung der Bundesrepublik Deutschland, Köln. *Suleiman, E. N.* 1974: Politics, Power, and Bureaucracy in France, Princeton. *Wildenmann, R.* 1968: Eliten in der Bundesrepublik. Maschinenlesbares Codebuch, Köln: Zentralarchiv für empirische Sozialforschung (ZA-Nr. 1138). *Wildenmann, R.* 1975: Towards a Sociopolitical Model of the German Federal Republic, in: *Wildenmann, R.* (Hrsg.), Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 4, München, 273–301. *Wildenmann, R.* 1982a: Unsere oberen Dreitausend, in: *DIE ZEIT* Nr. 10, 5. 3. 1982, 9–10. *Wildenmann, R.* 1982b: Die Elite wünscht den Wechsel, in: *DIE ZEIT* Nr. 11, 12. 3. 1982, 6–7. *Wildenmann, R.* 1982c: Positionseliten und Parteiensysteme, in: *Universität Mannheim* (Hrsg.): Gesellschaft und Universität: Probleme und Perspektiven, Mannheim 165–192. *Wildenmann, R.* 1983: Eliten, politische, in: *Schmidt, M. G.* (Hrsg.): Westliche Industriegesellschaften, München/Zürich 83–88. *Wildemann, R./Kaase, M./Hoffmann-Lange, U./Kutteroff, A./Wolf, G.* 1982: Führungsschicht in der Bundesrepublik Deutschland 1981. Maschinenlesbares Codebuch. Mannheim, Universität Mannheim (ZA-Nr. 1139). *Zapf, W.* 1965: Wandlungen der deutschen Elite, München. *Ziegler, R.* 1984: Das Netz der Personen- und Kapitalverflechtungen deutscher und österreichischer Wirtschaftsunternehmen, in: *KZfSS* 36, 585–614.

Ursula Hoffmann-Lange